



Gesundheitsminister Manne Lucha (Grüne) erläutert auf Einladung der Spaichingen Grünen (rechts im Bild Hermann Polzer) den Gesundheitsfachleuten, warum es mit dem Medizinisch Pflegerischen Zentrum am Gesundheitszentrum nicht vorangeht.

FOTO: REGINA BRAUNGART

Bund-Länder-Gerangel bremst neues Zentrum aus

Von Regina Braungart

Es gibt Kritik, dass es am Gesundheitszentrum nicht schneller vorangeht. In Spaichingen hat Gesundheitsminister Lucha die Sache erklärt. Es liegt an einem Bund-Länder-Gerangel.

SPAICHINGEN – Der Landesgesundheitsminister war auf Einladung der Grünen nach Spaichingen gekommen, wo vielleicht mit die größte Dynamik im Gesundheitsbereich des Kreises Tuttlingen herrscht, seit das Krankenhaus vor fünf Jahren geschlossen wurde. Die Frage des Medizinisch-Pflegerischen Zentrums ist insofern einen Schritt weiter, als sich mit der Familie Oehrle ein Investor gefunden hat. Wenn sich (k)ein zweiter findet, wird die Sache Ende des Jahres entschieden sein, sagte der scheidende Geschäftsführer der Gesundheitszentrum GmbH, Michael Osypka.

Das zweite Standbein, für das Lucha vor zwei Jahren bereits schon einmal in Spaichingen war und eine Absichtserklärung (Letter of intent)

unterschrieb, soll eine neue Einrichtung zwischen Behandlung und Pflege sein: ein „Erweiterte ambulante Versorgung“, das im früheren Bettentrakt eingerichtet werden soll, wo derzeit Geflüchtete leben. Sie sollen nach dem Bau der Container-Gemeinschaftsunterkunft nahe des Bahnhofs dorthin umziehen.

Aber es herrscht keine Eile, denn die gesetzlichen Grundlagen - und damit die Finanzierung dieser ganz neuen Art der Gesundheitsversorgung zwischen stationär und ambulant gibt es noch nicht. In erster Lesung des Bundestags wurde das neue „Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz“ so präsentiert, dass die Länder auf die Barrikaden gegangen sind. Alle 16 Länder haben protestiert, im Bundestag sind sich aber alle Parteien auch einig. Es geht also eher um Bund gegen Länder, als um Parteipolitik.

Der Gesetzesentwurf sei so ausgearbeitet worden, dass die Länder nicht zustimmen müssen,

so Lucha. Deshalb plädierte er für eine Behandlung im Vermittlungsausschuss. „Wir brauchen Bündnisse der Motivierten, Überregulierung und Überwachung schafft keine Motivierung.“

Die ursprünglich geplante „Krankenhausene 11“, über die der Kreis gehofft hatte, das Gefeilische um die Finanzierung zwischen Krankenkassen und Pflegekassen ausräumen zu können, ist im neuesten Gesetzesentwurf herausgenommen. Denn wenn sie drin geblieben wäre, wäre das Gesetz wahrscheinlich zustimmungspflichtig durch die Länder, so Osypka. Wer also welche Schwerpunkte durchbringt, das wird jetzt verhandelt. „Aber die Idee ist aus meiner Sicht nicht gestorben.“

„Wir sind leider jetzt ein bisschen im politischen Kuhhandel“, sagte Lucha. „Herr Lauterbach hat eine Eigenschaft. Er rückt von dem, was er sich vorgenommen hat, nicht ab“, so Lucha. „Wir sind Pragmatiker“, während Lauterbach das sei,

was man im Allgäu einen „Rechthaber“ nenne.

Allerorten Krankenhausschließungen hatten ja auch schon in Tuttlingen für Befürchtungen gesorgt. Lucha: „Aus meiner Sicht ist für eine Raumschaft wie diese ein 300-Betten-Haus mit der Breite an Behandlungsmöglichkeiten kein kleines Haus.“

Einer der vielen Bestandteile am Gesundheitszentrum ist die Spezialisierte Ambulante Palliative Versorgung (SAPV), getragen durch einen Verein, geleitet von Petra Kratt. Aufmerksam hörte Minister Lucha den Schilderungen über die Entstehung und die nun 13-jährige Tätigkeit dieser Einrichtung zu. Deren Aufgabe ist es, schwerstkranken Menschen, die austherapiert sind, in der letzten Phase medizinisch-pflegerisch zu begleiten. Zu Hause und in den Heimen, begleitend auch im Hospiz. 13 Mitarbeitende, davon acht Pflegenden, habe die SAPV in Spaichingen, die den ganzen Landkreis versorgt.

Die Arbeit der hoch spezialisierten Kräfte werde finanziert durch die Kassenbeiträge, durch die 140 Vereinsmitglieder und durch Spenden vor allem von zufriedenen Angehörigen, so Kratt.

Doch es sind dunkle Wolken aufgezo-gen: Nach einem Bundessozialgerichtsurteil vom Oktober drohe nun auch der SAPV Rückzahlungen in den Hunderttausenden. Der Vorwurf: Man habe die Ärzte in Scheinselbstständigkeit beschäftigt. Zum Zweiten seien Pläne, den Bundesrahmenvertrag zu verändern und etwa Vorschriften, eine ärztliche Leitung zu 75 Prozent anzustellen und anderes, so Kratt.

Es gehe, was das Sozialgerichtsurteil angehe „einen Schimmer am Horizont“, sagte Lucha. Die Aussicht auf eine Kompromisslösung zwischen Gesundheitsministerium samt Ländern und dem Bundesarbeitsministerium. Er könne das alles nachvollziehen, „ich bin selbst eine gelernte Krankenschwester“. Er verspreche sich viel von der Einbeziehung von künst-

licher Intelligenz und Digitalisierung. „Wir sind 20 Jahre zu spät dran, weil wir die Oberproblematiker sind.“ Zuvor hatte Bürgermeister Markus Hugger eindrücklich geschildert, wie wenig die verschiedenen Kliniken im digitalen Austausch sind. Bei so schweren Verletzungen wie nach seinem Motorradunfall mit verlorenem Bein hätten Konsile zum Austausch der verschiedenen betroffenen Fachrichtungen stattfinden müssen. „Ich habe kein einziges Konsil erlebt.“

Lucha ergänzte: 20 Prozent Mehrfachdiagnostik würde man sich mit einer guten Digitalisierung sparen können. Dies unterstützt mit KI, werde enorme Erleichterungen bringen, so Lucha.

Für jene, die hier maßgeblich sind - etwa im Bezug auf die Elektronische Patientenakte, für die extra Personal eingestellt werden muss - hatte Klinikdirektor Sebastian Freytag aber einen Rat: „Die Beamten, die diese Konzepte erstellen, sollen zum Äußersten schreiten und sich mal in die Kliniken bewegen.“